

Jahresbericht des Präsidenten 2016

1. Überblick

Das vergangene Jahr wurde von den Arbeiten rund um das Konsolidierungspaket (KP 17) und den entsprechenden Referendumsvorbereitungen dominiert. Der VLG stand dabei v. a. in der zweiten Hälfte des Jahres auch medial stark im Fokus. Im Verlaufe des Jahres entwickelte sich das Ganze zu einem veritablen Kraftakt für den Verband. Daneben gab es auch für die fünf Fachbereiche viel Arbeit. Dabei sind die beiden Projekte „Neues Finanzhaltungsgesetz für die Gemeinden (FHGG)“ und „Finanz- und Aufgabenreform (AFR 18)“ hervorzuheben. Diese banden viele personelle Ressourcen. Ein Blick auf die Jahresrechnung verdeutlicht, dass auch 2016 wiederum ein Ausnahmejahr darstellt. Die Annahme ist berechtigt, dass die sog. „Ausnahme“ inskünftig wohl eher zur Regel wird. Trotz oder gerade wegen der sehr grossen Anstrengungen auf allen Verbandsstufen war es aber für den VLG denn auch ein ausserordentlich erfolgreiches Jahr.

Kommunalwahlen 2016 - VLG mutierte kurzzeitig zur Wahlzentrale

Anlässlich der Gesamterneuerungswahlen am 1. Mai 2016 wurden in allen 83 Luzerner Gemeinden die Gemeindeexekutiven sowie in der Stadt Luzern, in Emmen, Horw und Kriens die Kommunalparlamente neu gewählt. Der VLG stand am Wahlsonntag als Drehscheibe zur Entgegennahme und Weiterleitung der Wahlresultate zur Verfügung. Alle Wahlresultate trafen in der Geschäftsstelle ein und wurden umgehend auf die VLG-Website geladen. Durch die standardisierten Formulare konnten die Medien, der Kanton und weitere Interessierte die Wahlresultate schnell und im Detail abrufen, was denn auch auf sehr reges Interesse stiess. An den Kommunalwahlen traten rund $\frac{3}{4}$ der Gemeinderäte wieder an und $\frac{1}{4}$ kam in der Folge neu dazu. 67 % der Exekutivmitglieder sind Männer und 33 % Frauen.

Weiterbildungsangebote für neue Gemeinderäte

Wie immer im Wahljahr bot der VLG auch dieses Mal verschiedene Weiterbildungsangebote an. So nutzten gegen 90 Exekutivmitglieder die Möglichkeit, sich einen Tag lang von erfahrenen Praktikern, Medienprofis und gar von Regierungsräten in die Geheimnisse der Gemeindepolitik einführen zu lassen. Für neue Sozialvorstehende gab es eine modulare Weiterbildungsveranstaltung. Auch diese Kurse wurden sehr gut besucht und werden teilweise auch 2017 weitergeführt. Die Rückmeldungen waren auch dieses Mal vorwiegend positiv, und gerade für neue Exekutivmitglieder sind die Weiterbildungen auch wertvolle Plattformen zu einem gemeindeübergreifenden Netzwerk.

KP 17 und Referendumsdrohung als Herkulesaufgabe

Was als unscheinbare Abkürzung daherkommt, bedeutete für den VLG eine veritable Herkulesarbeit. Schon früh zeichnete sich ab, dass der Kanton im Rahmen seines Konsolidierungsprogramms nach Sparmassnahmen suchte und dabei auch die Gemeinden im Fokus hatte. Nach dem Bekanntwerden des erneuten Lochs in der Staatskasse durch die Reduktion der Gelder des nationalen Finanzausgleichs (NFA) im Mai 2016 erhöhte sich der Druck auf die Gemeinden massiv. Dies führte schliesslich zu einem aus kommunaler Sicht untragbaren Sparpaket. Innert kürzester Zeit musste der VLG daher ein eigenes Positionspapier erarbeiten und lud die Delegierten am 19. Oktober 2016 zu einer ausserordentlichen Generalversammlung. Dort stimmten sie mit einer Gegenstimme für ein Gemeindereferendum,

wenn bestimmte Gesetzesänderungen vom Kantonsrat angenommen werden. Die Referendumsdrohung zeigte Wirkung. Der Kantonsrat lenkte ein und strich fast alle Massnahmen, welche zulasten der Gemeinden gegangen wären. In der Folge konnte der Verband im Dezember 2016 den Gemeinden empfehlen, auf das Referendum zu verzichten. Dies beanspruchte den VLG sehr stark, mussten doch die nicht ganz einfachen finanzpolitischen Fragen aufgearbeitet und stets aktualisiert werden. Zudem mussten auch die referendumstechnischen Fragen geklärt werden, die sich für jede Gemeinde anders stellten. Den Gemeinden wurde dann - nicht zuletzt aufgrund der kurzen Referendumsfrist - für die Zukunft empfohlen, ihre Gemeindeordnungen dahingehend zu ändern, dass für die Ergreifung des Gemeindeferendums stets die Gemeindeexekutive zuständig ist.

AFR 18 sistiert

Noch bis im Sommer 2016 wurde in der Projektsteuerung und in den Projektgruppen eifrig an der AFR 18 gearbeitet. Nachdem das KP 17 aber konkrete Formen angenommen hatte, musste man einsehen, dass die beiden Projekte einander beeinflussen und die AFR 18 nicht einfach ohne Rücksicht auf das KP 17 weiterbearbeitet werden konnte. Auf Antrag des VLG wurde in der Folge das ganze Projekt AFR 18 sistiert. Gegen Ende Jahr war dann absehbar, dass die Sistierung im Verlaufe des Jahres 2017 aufgehoben werden könnte, da das KP 17 vom Kantonsrat behandelt wurde. Ende Jahr beantragte der VLG daher bei der Regierung die Aufhebung der Sistierung.

Neue Zusammensetzung der Bereiche

Im Rahmen der Gesamterneuerungswahlen traten viele langjährige Gemeinderatsmitglieder von ihren Ämtern zurück und stellten somit auch allfällige Ämter in den fünf Fachbereichen zur Verfügung. Es gelang den Bereichsleitenden wiederum, viele motivierte Personen für die Arbeiten in den Bereichen zu finden. Dabei wurde der regionalen Ausgewogenheit grosse Beachtung geschenkt. So haben gerade die Bereiche Bildung sowie Gesundheit und Soziales eine regionale Struktur mit regelmässigen Regionalkonferenzen, die dem Erfahrungsaustausch dienen.

Schaffung neuer Bereich Prozesse und Informatik

Der Vorstand hat im Verlaufe des vergangenen Jahres beschlossen, einen eigenen neuen Bereich Prozesse und Informatik zu bilden. Dieser soll die bisherige Fachgruppe Prozesse und Informatik (FAPI) ablösen. Die Fachgruppe war bisher politisch dem Bereich Finanzen unterstellt. Im Rahmen des Vollzugs stellte man aber fest, dass es im Bereich eine zu geringe Affinität zu dieser Thematik gibt. Für den Verband ist es inhaltlich und finanziell mittlerweile aber so wichtig, dass sich die Bildung eines eigenen Bereichs rechtfertigte, zumal die Statuten diesen Schritt ausdrücklich vorsehen. Ende Jahr waren die Bereichsmitglieder gefunden, und der Bereich wird im Verlaufe des ersten Quartals 2017 operativ tätig.

2. Aus den Fachbereichen

Nachfolgend erfolgt ein Überblick über die wichtigsten Geschäfte aus den fünf Fachbereichen. In der Regel werden alle Geschäfte des VLG einem Fachbereich zugewiesen, der daraus ein Vorstandsgeschäft vorbereitet oder das Geschäft im Rahmen seiner Kompetenzen selber erledigt. Einige wenige übergeordnete Dossiers werden direkt durch den Vorstand geführt. Die Fachbereiche Gesundheit und Soziales sowie Bildung und Kultur führen regelmässig eigene Regionalkonferenzen durch, wo sich die einzelnen Ressortverantwortlichen aus den Gemeinden treffen und austauschen können. Weitere Regionalkonferenzen sind auch für die anderen Fachbereiche in Planung.

2.1 Bereich Bau, Umwelt und Wirtschaft

Im Bereich standen viele wichtige Vernehmlassungsbotschaften im Mittelpunkt, wie bspw. die Mehrwertabgabe, das neue Wasserbaugesetz, das neue Energiegesetz sowie das revidierte Jagdgesetz.

Wasserbaugesetz nach Vorkonsultationen auf der Zielgerade

Nach intensiven Diskussionen und einer Vorkonsultation konnte der Bereich die komplexe Vorlage des neuen Wasserbaugesetzes diskutieren und verabschieden. Nachdem sich eine erste Vernehmlassungsvorlage als nicht mehrheitsfähig erwies, etappierte der Kanton das Vorgehen und stellte vorerst eine übergeordnete Einteilung der Gewässer und eine sich daraus ergebende Zuständigkeit vor. Anschliessend gab er aufgrund dieser ersten Rückmeldungen den eigentlichen Gesetzesentwurf in die Vernehmlassung. Beide Runden wurden vom VLG grundsätzlich zustimmend kommentiert. Die Vorlage wird wahrscheinlich 2017 in den Kantonsrat kommen. Die Regelung des Wasserbaus war eine Pendezenz der AFR 08.

Energiegesetz ebenfalls in der zweiten Runde

Auch das Energiegesetz wurde nach seinem parlamentarischen Schiffbruch neu aufgegleist, der VLG konnte die entsprechende Vernehmlassungsvorlage ohne grosse Korrekturen gutheissen. Das Gesetz wird wahrscheinlich ebenfalls 2017 im Kantonsrat diskutiert.

Mehrwertabgabe als wichtiges Instrument der Raumplanung

Ebenfalls eine komplexe Vorlage für den Bereich bildete die Mehrwertabgabe. Im Rahmen des neuen Raumplanungsrechtes und des neuen Richtplans müssen die Kantone eine Mehrwertabgabe einführen. Dabei haben sie einen gewissen Spielraum. Der Bereich hat den kantonalen Vorschlag für eine Mehrwertabgabe ebenfalls grundsätzlich positiv bewertet. Die Mehrwertabgabe wird 2017 im Kantonsrat diskutiert.

Erfolgreiche Info-Veranstaltungen

Gegen Ende Jahr führte der Bereich wiederum an zwei Abenden (Emmen und Sursee) eine Info-Veranstaltung über aktuelle Themen durch. Mit hochkarätigen Vertretungen vonseiten Kanton konnten Informationen ausgetauscht werden, und viele neue Mitglieder von Gemeinderäten konnten erstmals direkte Kontakte zum Kanton knüpfen. Diese Info-Veranstaltungen haben mittlerweile einen festen Platz im Jahreskalender des Bereichs.

Neue Bereichsmitglieder

Nach längerer Vakanz ist das Entlebuch seit Januar mit Fritz Lötscher wieder im Bereich vertreten. Als Ersatz für die zurückgetretenen Bereichsmitglieder Irene Keller und Cornelius Müller nahm im September vorerst der Hochdorfer Bauvorsteher Roland Emmenegger im Bereich Einsitz. Der vakante Sitz von Irene Keller wird zu einem späteren Zeitpunkt wieder besetzt.

2.2 Bereich Bildung und Kultur

Der Bereich Bildung beschäftigte sich mit verschiedenen Geschäften. So handelte er mit der Zahnärztesgesellschaft einen neuen Taxpunktwert für die Schulzahnmedizin aus und arbeitete bei der Umsetzung der neuen Schulverwaltungssoftware mit. Es kam auch zu regelmässigen Treffen mit der Dienststelle Volksschulbildung (DVS), dem Verband der Schulleiterinnen und Schulleitern (VSL LU), dem Verband der Schulpflegen und Bildungskommissionen (VSBL), dem Lehrerinnen- und Lehrerverband (LLV) und weiteren Organisationen.

Neues Positionspapier verabschiedet

Nach intensiver Vorarbeit konnte der Bereich ein total revidiertes, neues Positionspapier Bildung verabschieden und dem Vorstand zur Genehmigung unterbreiten. Das Positionspapier definiert die Rolle und die Ziele der Gemeinden im Rahmen der Volksschule und ersetzt ein wesentlich umfangreicheres Vorgängerdokument aus dem Jahre 2007.

Klares Nein zum Wechsel von Norm- zu Standardkosten

Im Rahmen der Vernehmlassung zu einer Änderung des Volksschulbildungsgesetzes lehnte es der VLG ab, bei den Pro-Kopf-Beiträgen für die Volksschulbildung eine Änderung von Norm- zu Standardkosten zu vollziehen. Zu gross war die Angst, dass der Kanton unter diesem Aspekt versteckte Sparübungen zulasten der Gemeinden macht. Darüber hinaus steht für den VLG immer noch das Thema Kostenteiler 50:50 im Zentrum.

Neue Bereichsmitglieder

Die zurückgetretenen Bereichsmitglieder Brigitte Troxler (Willisau) und Lea Bischof (Hochdorf) wurden durch Brigitte Purtschert (Roggliwil) und Brigitta Jozsa (Inwil) ersetzt.

2.3 Bereich Finanzen

Hauptthema im vergangenen Jahr waren das KP 17 und das Projekt „stark.lu“, welches die parlamentarische Hürde nahm. Ebenfalls konkretisierte sich das Projekt einer neuen Schulverwaltungssoftware, wo der Bereich - zusammen mit der FAPI und dem Bereich Bildung - eine wichtige Rolle in der weiteren Planung spielte. Ebenfalls hatte der Bereich noch die Querschnittsaufgabe der FAPI zu bewältigen.

KP 17

Viele Vorbereitungsarbeiten für den Vorstand und die ausserordentliche Generalversammlung wurden durch den Bereich Finanzen gemacht. Vor allem die Positionen des VLG im Rahmen des KP 17 und der Referendumsdrohung wurden vorgängig im Bereich besprochen.

Anpassungen der Gemeindeordnungen im Rahmen von „stark.lu“

Das Projekt nahm im vergangenen Jahr die parlamentarische Hürde, und auch die dazugehörige Verordnung wurde verabschiedet. Nach dem Beschluss der Inkraftsetzung durch den Regierungsrat ging es für den Bereich darum, den Leitfaden des VLG für die Gemeinden zu erarbeiten. Aufgrund des neuen harmonisierten Rechnungsmodells sind in den Gemeindeordnungen nämlich verschiedene Anpassungen nötig. Der entsprechende Leitfaden konnte den Gemeinden noch vor Ende Jahr zur Verfügung gestellt werden. Diese sind nun verpflichtet, die Anpassungen per 1. Januar 2018 vorzunehmen.

Neue Bereichsmitglieder

Aufgrund der Grösse des Bereiches wurde der Rücktritt von Markus Siegrist (Adligenswil) nicht ersetzt. Siegrist gehörte viele Jahre als Gemeindeammann von Adligenswil dem Bereich Finanzen an.

2.4 Bereich Gesundheit und Soziales

Auch im vergangenen Jahr gab es für den Bereich wiederum viel Arbeit. Nebst den politischen Geschäften wurde auch ein umfangreiches Weiterbildungsangebot für neue Sozialvorstehende vorbereitet. Die Einführungskurse dauern mehrere Tage. Kein grosses Thema war hingegen das Asylwesen, da die Zahl neuer Personen deutlich zurückgegangen ist.

Neue Rahmenvereinbarungen mit Institutionen erarbeitet

Der Bereich konnte in Zusammenarbeit mit dem ZiSG (Zweckverband für institutionelle Sozialhilfe und Gesundheitsförderung) zuhanden des Vorstandes zwei neue Rahmenvereinbarungen genehmigen, so mit der Traversa (Netzwerk für Menschen mit einer psychischen Erkrankung) und der Fabia (Fachstelle für die Beratung und Integration von Ausländerinnen und Ausländern). Gemeinden, welche auf die Dienstleistungen dieser Institutionen zurückgreifen, können sich an die Vereinbarungen halten, welche Leistungen und Kosten definieren.

Neues Pflegegesetz nimmt parlamentarische Hürde

Das neue, revidierte Pflegegesetz nahm im vergangenen Jahr die parlamentarische Hürde. Vertreter des VLG konnten anlässlich eines Hearings in der vorberatenden Kommission die Haltung des Verbandes vorstellen. Ebenfalls konnte ein neuer Evaluationsbericht zur Pflege- und Spitalfinanzierung, woran sich auch der VLG beteiligt, zur Kenntnis genommen werden.

Rückzug aus der Überprüfung der privaten Spitex

Der Vorstand des VLG hat entschieden, die Liste „Übersicht der Spitex-Pflegevollkosten für freischaffende Pflegefachleute und private Spitex-Organisationen“ nicht mehr weiter zu führen. Bis anhin erarbeitete diese Liste eine entsprechende Arbeitsgruppe in Zusammenarbeit mit der Stadt Luzern und der Firma BDO AG. Das Haftungsrisiko wurde als zu gross betrachtet, und es fehlte letztlich auch eine einheitliche Datengrundlage.

Stiftung Hospiz neu mit sechs Plätzen auf der Pflegeheimliste

Die Stiftung Hospiz ist eine stationäre Einrichtung mit Palliativ-Care-Plätzen für jüngere Patientinnen und Patienten. Bereich und Vorstand setzten sich dafür ein, dass insgesamt sechs Plätze auf die kantonale Pflegeheimliste B genommen werden.

Auszahlung der individuellen Prämienverbilligung (IPV)

Aufgrund des sich abzeichnenden budgetlosen Zustands des Kantons Luzern hat sich der VLG dafür eingesetzt, dass die IPV nicht nur Bezüglern von Ergänzungsleistungen und wirtschaftlicher Sozialhilfe ausbezahlt wird. Die Gemeindeverwaltungen sollen so vor einem immensen Verwaltungsaufwand zu bewahrt werden.

Neue Bereichsmitglieder

Als Ersatz für die zurückgetretenen Bereichsmitglieder Romy Müller (Zell) und Luzia Syfrig (Hitzkirch) nahmen Helene Schurtenberger (Menznaun) und Daniel Rüttimann (Hochdorf) neu im Bereich Einsitz.

2.5 Bereich Justiz und Sicherheit

Als Bereich, der keine Kernaufgabe der Gemeinden zu betreuen hat, wird er in der Regel mit dem kleinsten Aufgabenportefeuille konfrontiert. Die Vorarbeiten im Bereich trugen Früchte, denn die Gesetzesanpassungen gingen im Kantonsrat schlank über die Bühne.

Rechnungsstellung der Stiftung für Feuerbestattungen für Kremationskosten

Die Stiftung Feuerbestattungen, welche das Krematorium im Kanton Luzern betreibt, teilte den Gemeinden ohne vorgängige Absprachen mit, dass die Kosten für die Kremationen ab Januar 2017 den Gemeinden direkt in Rechnung gestellt würden. Die Gemeinden haben der Einführung einer automatischen Pflicht zur Übernahme von Kremationskosten opponiert. In der Folge hat der Bereich mit der Stiftung Gespräche für eine Lösung des Problems der nicht einbringlichen Kosten für Kremationen geführt. Es wurde versucht, eine einfache Regelung auszuarbeiten, welche beiden Partnern entgegenkommt. Bis Ende Jahr konnte keine Einigung erzielt werden. Die Verhandlungen werden weitergeführt.

Überarbeitung Gesetz über den Feuerschutz

Der Regierungsrat hat unter der Führung der Gebäudeversicherung eine Arbeitsgruppe für die Überarbeitung des Gesetzes über den Feuerschutz eingesetzt. Diese soll aufzeigen, ob das teils umstrittene Kaminfegermonopol den veränderten Herausforderungen weichen muss. Zudem sollen neue Lösungsansätze für die Erhebung der Feuerwehersatzabgabe erarbeitet werden. Der Regierungsrat wird die Revisionsvorschläge im Sommer 2017 in die Vernehmlassung schicken.

Totalrevision Bürgerrechtsgesetz

Seit 2015 hat der Bereich bei den Vorarbeiten für die Totalrevision des Bürgerrechtsgesetzes mitgewirkt. Das Gesetz wird im 2017 im Kantonsrat behandelt.

Personelle Zusammensetzung des Bereichs

Gemeinderätin Irene Tschupp (Dagmersellen) ist bei den Gesamterneuerungswahlen nicht wieder angetreten und hat deshalb auch den Rücktritt als Bereichsmitglied eingereicht. Der vakante Sitz konnte per Ende Jahr noch nicht wieder besetzt werden.

2.6 FAPI

An dieser Stelle sei auf den speziellen Bericht der FAPI in der Beilage verwiesen. Es zeigte sich auch im vergangenen Jahr, wie wichtig dieses „Kompetenzzentrum“ für die Luzerner Gemeinden ist, wollen sie bei der Weiterentwicklung im Bereich der öffentlichen IT massgeblich mitreden und mit dem Kanton auf Augenhöhe diskutieren. Bei mehreren Projekten konnte sich die Fachgruppe kompetent mit dem Kanton in die Verhandlungen einbringen. Der Jahresbericht wird in Zukunft unter dem mittlerweile gebildeten selbstständigen Bereich Prozesse und Informatik erscheinen.

Neue Bereichsmitglieder

Noch vor Ende 2016 konnten folgende Mitglieder des Bereiches Prozesse und Informatik gewählt werden: Roland Zürcher (Nottwil), Markus Dietrich (Wikon), Ueli Spöring (Schwarzenberg), Florian Ulrich (Udligenswil), Stephan Lackner (Meggen), Daniel Riehl (Beromünster). Mit beratender Stimme wird Christoph Gerdes die Stadt Luzern vertreten, und Gérald Strub wird den Bereich weiterhin operativ administrieren.

3. Kommunikation

An zwei ordentlichen Gesprächsforen mit dem Regierungsrat konnten wiederum wichtige Themen direkt deponiert werden. In der Regel ist dort jeweils der Gesamtregierungsrat anwesend. Im Rahmen von einzelnen Kantonsratsgeschäften kam es zudem zu verschiedenen Kontakten zwischen Bereichsleitenden oder der Geschäftsstelle mit einzelnen Kommissionen des Kantonsrats. Im Rahmen der Bereichsarbeit wurden unzählige Kontakte zu den Departementen und Dienststellen des Kantons gepflegt. Durch den Austritt der Stadt Luzern gab es auch im vergangenen Jahr immer wieder Diskussionen mit dem Kanton um den Status der Stadt Luzern in Arbeitsgruppen des VLG.

Aufgrund der hohen Dichte politischer Geschäfte und dem Umstand, dass im Oktober eine ausserordentliche GV stattfand, erhöhte sich auch die Anzahl der 2016 erschienenen Gazetten. Stets werden dabei auch die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte der kommunalen Parlamente in Luzern, Kriens, Horw und Emmen mit den Publikationen bedient. Es wird immer wieder festgestellt, wie wichtig die verbandsinterne Kommunikation ist.

Der Verband hatte im vergangenen Jahr eine eindeutig höhere Medienpräsenz. Dies ist sicherlich auf die vielen Projekte und natürlich auf das KP 17 zurückzuführen. Der VLG wird mittlerweile auch von den Medien wahrgenommen und immer wieder angefragt, wenn es um politisch wichtige Themen mit Gemeindeanknüpfung geht. Ebenfalls waren auch diesmal die unterschiedlichen Interessenlagen der Mitgliedergemeinden in gewissen Fragen spür- und sichtbar. Es ist aber das Ziel des Verbandes, diese unterschiedlichen Interessenlagen transparent zu machen.

4. Vernehmlassungen

Der VLG wurde im vergangenen Jahr zu insgesamt 14 Stellungnahmen eingeladen und arbeitete in der Folge entsprechende Antworten aus. Mit dabei waren wiederum Anhörungen oder einige sog. Untervernehmlassungen zuhanden des Regierungsrates darunter. Der Verband war wie immer bemüht, seine Stellungnahmen den Gemeinden möglichst rechtzeitig zur Verfügung zu stellen, was im vergangenen Jahr im Grossen und Ganzen besser gelungen ist. Wiederum konnte er dadurch beim Kanton mehrmals Fristverlängerung erreichen. Leider sind die politischen Abläufe oft so, dass solche Geschäfte kaum Rücksicht auf kommunale Fahrpläne nehmen. Diese Tatsache stellt besonders Gemeinden mit Exekutiven im Milizamt vor zunehmende Probleme.

5. Projekte auf Stufe Vorstand, ständige Vertretungen

Gewisse Projekte sind direkt beim Vorstand angesiedelt. So vertraten Verbandspräsident Hans Luternauer und weitere Vorstandsmitglieder den VLG auch im vergangenen Jahr in verschiedenen Steuerungsgremien von Projekten zwischen Kanton und VLG. Als ständiger Vertreter amtiert der Verbandspräsident im Stiftungsrat der Stiftung Wirtschaftsförderung Luzern. Ebenfalls ist der VLG im Verbundrat öffentlicher Verkehr (VVL) mit Vorstandsmitglied Armin Hartmann (Schlierbach) sowie Willi Bucher (Wolhusen) und Matthias Senn (Kriens) vertreten. Ebenfalls eine starke Gemeindevertretung besteht im Verband für institutionelle Sozialhilfe (ZISG) und in der Kommission für die Umsetzung des Gesetzes für soziale Einrichtungen (KOSEG). Ausserdem besteht eine ständige Finanzausgleichsdelegation.

6. Dank

Abschliessend bedanke ich mich bei meiner Vorstandskollegin und meinen Vorstandskollegen, den Leitenden der fünf Bereiche, der FAPI, den Vertretungen in den Delegationen sowie den vielen Gemeindevertreterinnen und -vertretern für ihre grosse Arbeit, die sie letztes Jahr in zahlreichen Projekt- und Arbeitsgruppen geleistet haben. Ein grosser Dank geht ebenfalls an alle Gemeinden für ihre fristgerechte Begleichung der Jahresbeiträge sowie für das aktive Mitwirken bei Stellungnahmen und Vernehmlassungen und damit auch für das Interesse, welches sie für die Arbeit des VLG entgegenbringen. Im Weiteren bedanke ich mich beim ganzen Team unserer Geschäftsstelle unter der Leitung unseres Geschäftsführers Ludwig Peyer. Sie leistete wiederum umfangreiche und hervorragende Arbeit. Aufgrund meines Ausscheidens aus dem Vorstand 2017 ist das gleichzeitig auch mein letzter Jahresbericht. Ich bedanke mich hiermit bei allen Personen, die mich in meiner Präsidentschaft begleitet haben. Die unzähligen Kontakte mit Politikerinnen und Politikern, aber auch mit Bürgerinnen und Bürgern aus den verschiedensten Gemeinden werden mir in bester Erinnerung bleiben. So waren die Jahre im Dienste der Luzerner Gemeinden eine echte Bereicherung und ein inhaltsreicher Lebensabschnitt für mich.

Ich wünsche meinem Nachfolger und dem ganzen Verband weiterhin alles Gute und viel Erfolg in seiner Zielerreichung.

Reiden, im März 2017

Hans Luternauer, Präsident